

Bezirksamtsvorlage Nr. **472 / 2024**  
zur Beschlussfassung -  
für die Sitzung am Dienstag, dem **16.01.2024**

1. Gegenstand der Vorlage:

Einbringung einer Vorlage - zur Kenntnisnahme bei der Bezirksverordnetenversammlung zur Drucksache Nr. 0241/VI, Beschluss vom 17.03.2022 betrifft:

**Umfassende Unterstützung für Menschen aus der Ukraine - Schulen öffnen und Angebote anpassen**

2. Berichtersteller/in:

Bezirksstadtrat Fritz

3. Beschlussentwurf:

I. Das Bezirksamt beschließt die beigefügte Vorlage - zur Kenntnisnahme - betrifft „Umfassende Unterstützung für Menschen aus der Ukraine - Schulen öffnen und Angebote anpassen“ als Schlussbericht. Sie ist bei der Bezirksverordnetenversammlung einzubringen.

II. Mit der Durchführung des Beschlusses wird der Geschäftsbereich Schule und Sport beauftragt.

III. Veröffentlichung: ja

IV. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein

a) Personalrat: nein

b) Frauenvertretung: nein

c) Schwerbehindertenvertretung: nein

d) Jugend- und Auszubildendenvertretung: nein

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

Keine

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

Keine

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

Die umfassende Unterstützung für Menschen aus der Ukraine lässt integrationspositive Auswirkungen erwarten.

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

Keine

9. Auswirkungen auf den Klimaschutz

Keine

10. Mitzeichnung(en):

A handwritten signature in green ink, consisting of a stylized 'R' followed by a horizontal line and a flourish.

---

Bezirksstadtrat Fritz

Vorlage -zur Kenntnisnahme-

### **Umfassende Unterstützung für Menschen aus der Ukraine - Schulen öffnen und Angebote anpassen**

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 17.03.2022 folgende Anregung an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 0241/VI)

Das Bezirksamt wird ersucht, die Schulen in bezirklicher Trägerschaft für Angebote der ukrainischen Gemeinde (in Deutschland lebende Ukrainer\*innen) zu öffnen. Hierzu zählen beispielsweise Sprachangebote, die von den ankommenden Ukrainer\*innen oder anderen NGOs in diesem Bereich organisiert werden oder andere Willkommens-Angebote. Die Schulen könnten hierfür gute Räume bieten und sollten in den Abendstunden und am Wochenende kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

Zudem soll dem pädagogischen Personal ein schnelles Fortbildungsangebot unterbreitet werden, damit diese mit der neuen Situation hinsichtlich der Heterogenität der Schüler\*innen- und Elternschaft sensibilisiert und Methoden des Umgangs damit mit auf den Weg bekommen. Perspektivisch sollte auch eine institutionelle Partnerschaft bspw. durch einen ukrainischen Zweig an einer Schule im Bezirk angestrebt werden.

Das Bezirksamt hat am 16.01.2024 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen:

Das Schulamt in Zusammenarbeit mit der Schulaufsicht und der Volkshochschule haben 22 Willkommensklassen für ukrainische Schülerinnen und Schüler eröffnet. Diese Schülerinnen und Schüler werden durch Sozialarbeiter der Koordinierungsstelle unterstützt. Die Schülerinnen und Schüler, welche die Willkommensklassen verlassen, werden in die Regelschule integriert und entweder durch Lehrkräfte oder Sozialarbeiter im Übergang begleitet.

Die Lehrkräfte, die in den Klassen unterrichten, haben wir regelmäßig durch die Koordinierungsstelle für Flüchtlinge fortgebildet.

A) Rechtsgrundlage:

§ 36 Abs. 2 f) BezVG i.V.m. § 15 BezVG

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

Keine

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

Keine

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

Keine

Berlin, den 10.01.2024

Bezirksbürgermeisterin Remlinger



Bezirksstadtrat Fritz